

NRW.BANK
Friedrichstraße 1
48145 Münster

Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung für eine **Beratungsmaßnahme** im Rahmen des Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms (RWP) des Landes Nordrhein-Westfalen – Förderung von Beratungsleistungen –

1. Beantragt wird eine Zuwendung in Höhe von _____ Euro für die Durchführung einer Beratung zwecks (bitte nur das Schwerpunktthema ankreuzen)
- 1.1 Neuausrichtung der Finanzierungsstruktur
- 1.2 frühzeitiger Umstrukturierung
- 1.3 notwendiger Erschließung neuer Absatzmärkte
- 1.4 geplanter Übergabe des Unternehmens auf eine(n) Unternehmensnachfolgerin oder -nachfolger
- 1.5 geplanter vollständiger oder teilweiser Übernahme des Unternehmens durch eine Belegschaftsinitiative oder ein anderes Unternehmen
- 1.6 Durchführung eines Vorhabens im Zusammenhang mit der Gewährung
- einer Landesbürgschaft NRW,
 - einer Bürgschaft der Bürgschaftsbank NRW,
 - einer stillen Beteiligung, für die das Land NRW eine Garantie übernimmt

Die Beratungsmaßnahme bezieht sich auf die

1. Phase (Machbarkeitsstudie) 2. Phase (Projektumsetzung) (AZ. 1. Phase _____)

2. Antragsteller

Firma/Belegschaftsinitiative	Sitz der Betriebsstätte
Straße/Hausnummer	Straße/Hausnummer
Postleitzahl Ort, Kreis	Postleitzahl Ort, Kreis
Telefondirektanschluss mit Vorwahl	Name des Bearbeiters
Fax-Nr.	E-Mail-Adresse

Branche/Unternehmensgegenstand Branchenschlüssel (NACE-Schlüssel)

Datum Gründung (bitte Nachweis beifügen, z.B. Gewerbeanmeldung)

zuständiges Finanzamt Steuer-Nr.

Die Betriebsstätte wird im Rahmen eines Haupterwerbs Nebenerwerbs betrieben.

Bankverbindung

Bank

BIC IBAN

Hiermit bestätigt der/die Antragsteller(in), dass es sich bei der angegebenen Bankverbindung um das eigene und bei den Finanzbehörden bekannte Geschäftskonto handelt.

3. Wirtschaftliche Verhältnisse

3.1 Anzahl beschäftigter Arbeitskräfte im Unternehmen
(ohne Auszubildende und Aushilfen) Anzahl davon Frauen

Jahresumsatz des letzten Geschäftsjahres Euro

Bilanzsumme des letzten Geschäftsjahres Euro

3.2 Zur Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind die Jahresabschlussunterlagen der letzten beiden Geschäftsjahre beizufügen.

3.3 Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren, wirtschaftliche Situation des Unternehmens
Befindet sich das Unternehmen derzeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten?¹

ja nein Bitte erläutern (ggf. Anlage)

Falls ja, befindet sich die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe noch in der Umstrukturierungsphase?

ja nein Bitte erläutern (ggf. Anlage)

Hat die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen?

ja nein Bitte erläutern (ggf. Anlage)

Hat die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan?

ja nein Bitte erläutern (ggf. Anlage)

¹ Artikel 2 Nummer 18 AGVO

4. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Gesellschafter (gegebenenfalls auch der Komplementär-GmbH) des Unternehmens beziehungsweise Beteiligte an der Belegschaftsinitiative (bitte Nachweise, zum Beispiel Handelsregisterauszug und Legitimationsunterlagen beifügen)

4.1

Name, Vorname, Wohnsitz

Höhe der Beteiligung Tätigkeit im Unternehmen

Name, Vorname, Wohnsitz

Höhe der Beteiligung Tätigkeit im Unternehmen

Name, Vorname, Wohnsitz

Höhe der Beteiligung Tätigkeit im Unternehmen

Name, Vorname, Wohnsitz

Höhe der Beteiligung Tätigkeit im Unternehmen

4.2 Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25% oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens beziehungsweise einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen beziehungsweise öffentlicher Stellen ist?

ja nein Geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse in einer Anlage an.

4.3 Hält der Antragsteller Anteile von 25% oder mehr an einem anderen Unternehmen?

ja nein Geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse in einer Anlage an.

4.4 Erstellt der Antragsteller eine konsolidierte Bilanz oder ist er im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten?

ja nein Geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse in einer Anlage an.

5. Angaben zum Beratungsunternehmen

Beratungsunternehmen

Anschrift (Straße/Postfach, PLZ, Ort)

Telefon/Telefax/E-Mail

Nachweis über die Qualifikation und mindestens 2-jährige berufliche Erfahrung des Beratungsunternehmens beziehungsweise des Beraters sind in der Anlage 1 darzustellen.

Hinweise

Für alle Beratungsmaßnahmen gilt bei Beantragung einer Folgeberatung, dass der Antragsteller die Notwendigkeit einer weiteren Beratung in schriftlicher Form erläutern muss.

Sofern es sich um einen Fall der Beantragung einer Folgeberatung im Zusammenhang mit der Gewährung von Landesbürgschaften und Bürgschaften der Bürgschaftsbank NRW sowie stillen Beteiligungen, für die das Land eine Garantie übernimmt, handelt, muss durch das für Wirtschaft zuständige Ministerium des Landes NRW, PwC, die Bürgschaftsbank oder die jeweilige Hausbank in geeigneter Form bestätigt werden, dass für eine mögliche Bürgschaftsgewährung eine fortgesetzte Beratung erforderlich ist.

6. Nur bei Belegschaftsinitiativen

Die Arbeitnehmer der Belegschaftsinitiative sind dazu in der Lage und bereit, sich kapitalmäßig im Falle einer möglichen Fortführung an dem zu gründenden Unternehmen zu beteiligen. Die Gründung der Belegschaftsinitiative berücksichtigt § 705 ff. BGB.

7. Angaben zur Insolvenz

7.1 Das Unternehmen befindet sich bereits in Insolvenz?

ja nein

Wenn ja, sind die Insolvenzgründe in einer Anlage aufzuführen. Der entsprechende Insolvenzantrag ist als Anlage beizufügen.

7.2 Wurde das Insolvenzverfahren bereits eröffnet?

ja nein

8. Ausgaben- und Finanzierungsplan, Durchführungszeitraum

(ohne Finanzierungskosten und MwSt. – soweit nach § 15 UStG als Vorsteuer abzugsfähig)

8.1 Kosten für Beratung 1. Phase = Bis zu 5 Tagewerke à 8 Std., 2. Phase = Bis zu 10 Tagewerke à 8 Std.)

x = Euro
Kosten pro Tagewerk Anzahl der Tagewerke Gesamtkosten

8.2 Gesamtfinanzierung der Beratung

Eigenmittel Euro

Beantragte Zuwendung Euro

70% von Nr. 8.1 als „De-minimis“-Beihilfe (Belegschaftsinitiativen) 25% von Nr. 8.1 nach Art. 18 AGVO (1. Phase)

50% von Nr. 8.1 nach Art. 18 AGVO (2. Phase)

Sonstige Fremdmittel (bitte Nachweis bzw. Erläuterung beifügen) Euro

8.3 Durchführungszeitraum (max. 3 Monate)

Die Beratung beginnt am und endet voraussichtlich am
Tag, Monat, Jahr Tag, Monat, Jahr

9. Bestätigung

Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu diesem Antrag nebst Anlagen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die zur Antragsberechtigung und zum Verwendungszweck angegebenen Tatsachen substantiell im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Landessubventionsgesetzes vom 24. März 1977 (GV. NW. S. 136/SGV. NW. 74) sind. Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Ich/Wir bestätige(n), dass zum Zeitpunkt der Antragstellung (Eingang des Antrags bei der NRW.BANK, Friedrichstraße 1, 48145 Münster) mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.

Als Beginn ist der Abschluss eines Leistungsvertrages zu werten.

Ich/Wir bestätige(n), dass für die vorgesehenen Maßnahmen bei keiner anderen Stelle eine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln beantragt wurde und auch nicht beantragt wird.

Mir/Uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die Verordnung (EU) 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. 12. 2013, Amtsblatt der EU Nr. L 347 ff. vom 20. 12. 2013 in Verbindung mit der Verordnung (EU) 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. 12. 2013, Amtsblatt der EU Nr. 347 vom 20. 12. 2013, Anwendung findet.

Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren, wobei sie auch einzelne Vorhaben prüfen können.

10. Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Dieser Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn die Fragen im Antragsvordruck nebst Anlagen hinreichend beantwortet sind.

10.1 Das Zusageverfahren ist in der jeweils gültigen Fassung des Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms des Landes Nordrhein-Westfalen geregelt.

10.2 Die sich aus den Antragsunterlagen ergebenden persönlichen und sachlichen Daten werden von den am Verfahren Beteiligten verarbeitet. Beteiligt sind die NRW.BANK, das für Wirtschaft zuständige Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und die von diesem beauftragten Stellen.

10.3 Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, dass

- die NRW.BANK Datenschutzhinweise auf Grundlage der Artikel 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) online zur Verfügung stellt sowie den Hinweis auf mein/unser Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO.

- zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen der Bund im Einvernehmen mit dem jeweiligen Land oder das jeweilige Land den Namen des Empfängers der Zuwendung sowie die Angaben über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlichen kann.

- alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten den am Verfahren Beteiligten (insbesondere der NRW.BANK) zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die am Verfahren Beteiligten sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und, wenn sich an den beantragten Finanzierungshilfen der EFRE beteiligt, den für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Strukturfonds zuständigen Dienststellen der EU-Kommission zur Verfügung zu stellen.

Dies bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung der Beratung zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

- gegebenenfalls die dem Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) aufgrund des Gesetzes für Statistik im produzierenden Gewerbe vom 30. Mai 1980 (BGBl. I, S. 641) zu meldenden Angaben dem für Wirtschaft zuständigen Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen für Zwecke der globalen und einzelbetrieblichen Erfolgskontrolle übermittelt werden.

10.4 Erklärung zum Beteiligungsbesitz bei KMU und Einstufung als KMU (gilt nicht für Maßnahmen nach Nr. 1.7)

Ich/Wir gehe(n) aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25% oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens beziehungsweise einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen beziehungsweise öffentlicher Stellen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die GRW-Förderung ist. Da sich die Angaben in Ziffer 1 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in den Ziffern 3.1, 4.1, 4.2, 4.3, 4.4 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wird.

Ich bin/Wir sind ein KMU im Sinne des VO (EG) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. 6. 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem gemeinsamen Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) (EU-ABl. L 187/1 vom 26. 6. 2014). Ich versichere/Wir versichern, dass die anhand des Informationsblattes der NRW.BANK „Allgemeine Erläuterungen zur Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)“ vorgenommene Einstufung als KMU zum Zeitpunkt der Antragstellung zutreffend ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein KMU vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag ist. Ich sichere/

Wir sichern daher zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf die Einstufung als KMU der NRW. BANK unverzüglich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.

10.5 Ich versichere/Wir versichern, dass die beantragten Zuwendungen

- a) nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und
- b) die Antragstellerin oder der Antragssteller keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt.

10.6 Ich/Wir erkläre(n),

– dass mir/uns bekannt ist, dass die Bewilligungsstellen von den Finanzbehörden Auskünfte über die/den Antragstellenden einholen dürfen, soweit diese für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Erstattung, Weitergewährung oder das Belassen der öffentlichen Finanzierungshilfen an die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung erforderlich sind (§ 31 a AO);

– dass ich/wir die Finanz- und Bewilligungsbehörden von der Verpflichtung zur Wahrung des Steuergeheimnisses gegenüber Bewilligungs- und Strafverfolgungsbehörden befreie(n), soweit Daten des/der Antragstellenden zu verifizieren sind, die für die dortigen Verfahren im Zusammenhang mit der Gewährung von öffentlichen Finanzierungshilfen an die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung von Bedeutung sind oder waren (§ 30 Abs. 4 Nr. 3 AO);

– dass ich/wir der Weitergabe von Daten durch die Bewilligungsstellen an die Finanzbehörden zustimme(n), soweit diese Daten für die Besteuerung relevant sind (§§ 93 und 93c AO);

– dass ich/wir gem. Artikel 6 DSGVO einwillige(n), dass die Bewilligungsstelle zur Prüfung der Antragsberechtigung die Angaben im Antrag mit anderen Behörden im Sinne des § 1 VwVfG, unabhängig davon, ob sie Bundes- oder Landesrecht ausführen, abgleicht.

11. Bestätigung der Gesamtfinanzierung

Ich/Wir bestätige(n) hiermit,

dass die unter Ziffer 8.2 dieses Antrags angegebene Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des
Antragstellers/Firmenstempel

Unterschrift in Druckbuchstaben

Dem Antrag beizufügende Unterlagen:

- Anlage 1 - Qualifikationsnachweis Berater
- Anlage 2 - Erklärung des Antragstellers
- Anlage 3 - Begründung für die Beratung
- Anlage 4 - Bestätigung der bisherigen Gesellschafter/des Insolvenzverwalters (**nur bei Belegschaftsinitiativen**)
- Erklärung über erhaltene und/oder beantragte „De-minimis“-Beihilfen (**nur bei Belegschaftsinitiativen**)
- Erklärung über erhaltene/beantragte andere staatliche Zuwendungen für dieselben förderbaren Aufwendungen
- Erklärung wegen des KMU-Status (siehe Anlagensatz KMU-Eigenschaft)
- Aktueller Handelsregisterauszug
- Legitimationsnachweis
- Bilanzen und GuV-Rechnungen der beiden letzten Geschäftsjahre (sofern nicht bilanziert wird, sind die beiden letzten Einnahmen-Überschuss-Rechnungen beizufügen)
- Angebot des Beratungsunternehmens
- Betriebswirtschaftliche Auswertung (nicht älter als 3 Monate)